

Wolfgang Burger

## **Umverteilung von unten nach oben.**

Man möge mir erlauben, diesen kleinen Text mit einer zugegeben schlichten Behauptung zu beginnen:

**Vermögen sammelt sich immer dort an, wo bereits Vermögen vorhanden ist.**

Seltene Ausnahmen wie überraschende Erbschaften oder Lottogewinne bestätigen die Regel. Bereits in der Bibel ist nachzulesen:

**Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat. (Matthäus 25, 29)**

Dieser Satz, der in fast allen Evangelien vorkommt, war etwas anders gemeint, als er heute gemeinhin verstanden wird, dient jedoch dennoch nicht selten sogar als religiöse Rechtfertigung für das, wofür es in diesem Beitrag gehen soll: Die Umverteilung von unten nach oben. Da dieser Prozess sozusagen automatisch abläuft, kann ein Gemeinwesen auf Dauer nur unter der Voraussetzung Bestand haben, dass eine Instanz existiert, die diesem Effekt der „Umverteilung von den Armen zu den Reichen“ stetig und ständig entgegenwirkt. Diese Instanz ist heute üblicherweise der Staat. Existiert diese Instanz nicht, oder kommt sie ihrer Aufgabe nicht nach, dann kommt es zur Verarmung breiter Schichten und zur Anhäufung unvorstellbaren Reichtums in wenigen Händen. In der Geschichte waren immer wieder solche Zustände zu beobachten, und zuverlässig führten sie jedes Mal aufs Neue zu Unruhen, Aufständen und Kriegen, in deren Zug große Teile des angehäuften Reichtums vernichtet und die Karten sozusagen neu gemischt wurden. Auch die Nazi-Diktatur und der zweite Weltkrieg wären ohne das Massenelend zu Beginn der dreißiger Jahre wohl kaum möglich gewesen.

Eine Folge dieser Katastrophe war u.a. das Deutsche Grundgesetz, in dessen Text überraschend klar formuliert ist, dass der Staat in Zukunft ein Auge darauf haben soll, dass eine solche Schieflage der Vermögensverteilung nie wieder vorkommen kann. Artikel 14 lautet nämlich:

**Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Gemeinschaft dienen.**

Ludwig Ehrhard, langjähriger Wirtschaftsminister unter Konrad Adenauer, hatte den Sinn dieser Worte verstanden und versuchte, den Geist des Grundgesetzes in der „sozialen Marktwirtschaft“ Realität werden zu lassen. Die Bayerische Landesverfassung wird in ihrem Artikel 123 sogar noch deutlicher:

**Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern**

Klare Worte, die heute leider nicht mehr allzu vielen Politikern geläufig zu sein scheinen, und die Viele von uns wohl eher in einer politisch links orientierten Kampfpapareille als in einem deutschen Gesetzestext erwartet hätten.

Wie ist die Situation heute? Nach dem kläglichen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ begann weltweit ein eisiger Wind zu wehen. Das Gegenmodell des Kapitalismus hatte offensichtlich versagt, er war damit sozusagen geadelt, blühte auf unter der Sonne der allgemeinen Erkenntnis, er müsse ja wohl das bessere System sein. Unverzüglich begann man, die bis dato herrschenden Schranken nieder zu reißen. Am Beispiel Deutschlands: Der Höchststeuersatz, der 1998 noch 52% betrug, wurde Zug um Zug auf 42% herabgesetzt, während parallel z.B. die Umsatzsteuer, deren Last vor allem die ärmeren Bevölkerungsteile und der Mittelstand zu tragen haben, von 16% auf 19% angehoben wurde. Dies sind nur zwei kleine, allerdings besonders augenfällige Beispiele einer Entwicklung, die noch viele andere Facetten hatte wie die weltweite Entfesselung der Finanzmärkte und in Deutschland die Zulassung der zuvor verbotenen Hedgefonds. Einer Entwicklung, die im Wesentlichen nur ein Ziel verfolgte:

### **Die Umverteilung von unten nach oben.**

Was ist zu tun? Was können wir, die wir üblicherweise auf der Verliererseite dieses globalen Spiel stehen, die wir keine persönlichen Beziehungen zu Abgeordneten, Vorstandsvorsitzenden, Ministern oder Chefredakteuren pflegen, tun? Es lässt sich in zwei Worten zusammenfassen:

### **Krach schlagen**

Laut werden, unangenehm, lästig, nervig. Politikern signalisieren, dass wir die Mehrheit sind, dass wir unser Grundgesetz sehr wohl gelesen haben, dass wir ihnen auf die Finger schauen, dass wir auch mal eine andere Partei wählen könnten. Wenn genug Menschen sich bemerkbar machen, dann werden die Parteien, die sich gerade in der Opposition befinden, sofort Stimmenpotenzial erkennen und ihre Wahlprogramme entsprechend anpassen – ein Effekt, der im Moment gerade bei der SPD zu beobachten ist, der Partei übrigens, die noch vor zehn Jahren eifrig geholfen hat, die Schraube in die falsche Richtung zu drehen. So fallen u.a. die Senkung des Höchststeuersatzes und die Zulassung von Hedgefonds in die Zeit der rot-grünen Regierung.